

p.B.75.21. - VSG/STA

Bern, den 30. August 1991

Notiz für Herrn Staatssekretär Klaus JACOBIMöglichkeiten für eine Nahost-
friedenskonferenz in der Schweiz

In Ihrem Auftrag habe ich Kontakte aufgenommen mit Zürich und Basel, - Sie selbst haben es für Bern getan - um die Möglichkeiten abzuklären, ob eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten in einer dieser Städte abgehalten werden könnte.

1) Bern:

Siehe beiliegende Briefkopie des Gemeinderates der Stadt Bern. Gegen Bern spricht die mangelnde Infrastruktur. Fehlen eines internationalen Flugplatzes; von genügend Unterkünften für die zu erwartenden Journalisten, die z.T. mit ihren eigenen Studios (CNN) anreisen werden; eines Pressezentrums sowie Tagungsräumlichkeiten für Plenar- und Sondersitzungen. Eine Requirierung des Hotel Bellevue wäre unumgänglich. Würden aber alle Delegationen unter einem Dach wohnen wollen?

Die Verschiebungsprobleme würden grosse Schwierigkeiten verursachen.

Die Sicherheitsprobleme könnten gelöst werden.

Für Bern spricht wenig, ausser als Sitz der diplomatischen Missionen.

2) Zürich:

Siehe beiliegende Briefkopie der Staatskanzlei Zürich. Für Zürich sprechen: Unterbringungsmöglichkeiten sowie Verhandlungsräume im Raum Flughafen Zürich. Möglichkeiten für ein Pressezentrum eher vorhanden. Kloten als internationaler Flughafen.

Sicherheitsprobleme könnten gelöst werden.

Gegen Zürich könnte das Fehlen von Infrastrukturen für die ausländischen Delegationen sprechen. Nicht alle Länder haben Generalkonsulate oder Berufskonsulate in Zürich. Uebermittlungsmöglichkeiten könnten von der PTT mit Material des EMD eventuell eingerichtet werden.

3) Basel:

Regierungsrat Jenny, den ich am 28. August 1991 kontaktierte, würde eine Friedenskonferenz in Basel - vorbehaltlos, wie er sagt - begrüßen.

Für Basel sprechen ähnliche Gründe wie für Zürich. (Hotels, Kongresshallen, Pressezentrum in der MUBA).

Gegen Basel die schwerer durchzuführenden Sicherheitsvorkehrungen (Flughafen auf französischem Boden; Nähe von Frankreichs und Deutschlands Grenzen.) Dazu kommt, dass Basel als Schauplatz des ersten zionistischen Weltkongresses für die Araber wohl nicht akzeptabel wäre. Im übrigen gleiche Gründe, die auch gegen Zürich sprechen.

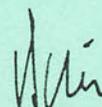
4) Genf:

Es wurden keine Sondierungen vorgenommen, da Israel gegen Genf eingestellt zu sein scheint. An sich wäre ganz bestimmt die Calvin-Stadt der geeignetste Ort, diese Konferenz zu beherbergen, wenn sie in der Schweiz stattfinden sollte.

5) Andere Städte:

Scheinen mir nicht in Frage zu kommen.

Der Protokollchef:



(Gaudenz von Salis)

2 Beilagen erwähnt

CK 3. Sept. 91 12

Kopien mit Beilagen an:

- Herrn Botschafter Jenö STAEHELIN
- Herrn Botschafter Pierre-Yves SIMONIN
- Herrn Martin PETER, BA/SID
- LB

CK 3. Sept. 91 12
} Kopie(n) direkt weitergeleitet

p. B. 75.21,

9/9



Staatskanzlei des Kantons Zurich, 8090 Zürich

TELEFAX - BEGLEITBLATT

AN	EDA
WEITERLEITEN AN	Herrn Botschafter von Salis
ABSENDER	Staatskanzlei Zürich
TOTAL BLÄTTER	Deckblatt + 2 Blätter
DATUM/ZEIT	21. August 1991
BEMERKUNGEN	



Staatskanzlei des Kantons Zürich

Kaspar Escher-Haus
8090 Zürich
Telefon 259

Herrn
Botschafter von Salis
Protokolldienst
3003 Bern

Ihr Zeichen

Unser Zeichen R/10

Zürich, 21. August 1991

Herr Botschafter,

wie Sie der beiliegenden Zusammenstellung entnehmen können, be-
stünden im Raum Flughafen Zürich Möglichkeiten, eine interna-
tionale Konferenz im besprochenen Rahmen durchzuführen. Die Aus-
wahl unter den möglichen Varianten wäre aufgrund einer Besichti-
gung zu treffen. Für die vom Kanton erwarteten Leistungen müsste
eine besondere Organisation unter Beizug von Dritten getroffen
werden.

Für weitere Auskünfte stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Staatskanzlei
Der Staatschreiber

Dr. H. Roggwiler

Hotels und Konferenzräume im Raum Flughafen

	1	2	3	Anz. Zimmer
Hilton, Opfikon	320	220	280	286
Möwenpick, Glattbrugg	360	160	230	312
Möwenpick, Regensdorf	1000	500	750	150
International, Oerlikon	800	500	650	350
Flughafen, Conference-Center	120			

Grösster Konferenzraum

- 1 Konzertbestuhlung
- 2 Konferenz-Verhandlung
- 3 Bankett

Gemeinderat
der Stadt Bern

Erlacherhof
Postfach
3000 Bern 8

Stadt Bern



VSG a/a
WS4

p.B. 75 21

come VSG
MG

Herrn Staatssekretär
Dr. Klaus Jacobi
EDA/Bundeshaus-West

3003 B e r n

Bern, 14. August 1991

Durchführung einer Nahostkonferenz im Oktober 1991

Sehr geehrter Herr Staatssekretär

Der Gemeinderat der Stadt Bern hat Ihre telefonische Anfrage vom 13. August 1991 betreffend die allfällige Durchführung einer Nahostkonferenz im Oktober 1991 in Bern an seiner heutigen Sitzung diskutiert.

Der Gemeinderat ist grundsätzlich bereit, die Durchführung einer solchen Konferenz in Bern zu ermöglichen. An diese Zusage knüpft er die folgenden Bedingungen:

1. Für die Rahmenorganisation ist die Mitwirkung der kantonalen Polizeikorps und der Armee unerlässlich.
2. Den Behörden der Stadt Bern ist das volle Mitspracherecht bei der Festlegung der Tagungsortlichkeiten einzuräumen.
3. Der Stadt Bern dürfen durch die Konferenz keine finanziellen Belastungen entstehen.

Weitere Fragen der Detailorganisation müssen gemeinsam erörtert werden.

Der Gemeinderat hofft, mit seiner Zusage einen Beitrag zur internationalen Verständigung zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES GEMEINDERATS

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin: